

Die Halle vierteljährlich bei zweimaliger Auslieferung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., enthält Anzeigenschein, Belegblätter werden von allen Verlagsstellen angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter "Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unterfangen eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Zuschriftangabe: Saale-Druckerei.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Direktionsbezirkler Bezugsang.

weder die Spaltenzeit oder dem Raum mit 30 Wg., solche aus Halle mit 20 Wg. bezahlt, in der Geschäftsstelle, Gr. Braubaustraße 68, 1. Etage von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retikolen die Zeile 75 Wg. für Halle und auswärts 1 Wg.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Werbung-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Braubaustraße 68, 1. Etage; Telefon Nr. 591 u. 176.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Bremer Vertrags vom 13. Oktober 1909 mit Italien und der Schweiz betreffend die Gotthardbahn.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

v. Schoen:

Zur Begründung des Vertrages weist ich in wesentlichen auf das Ihnen vorliegende Material hin. Die schweizerische Presse ist wie ich noch bemerken will, nicht durchweg mit dem Vertrage einverstanden, sie meint, die Schweiz sei dabei überfordert. Das trifft nicht zu, der Vertrag ist unterdessen in dem alten Geleise abgeschlossen. Wir haben von der Schweiz nichts Unbilliges verlangt, wenn wir auch allerdings die deutschen Interessen gewahrt haben.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Wadersapp

legt noch dar, daß Deutschland und Italien zwar von der Schweiz wirtschaftliche Zusicherungen erlangt, andererseits aber auch auf wertvolle Rechte verzichtet hätten. Die Hoffnungen, die wir hinsichtlich der Subventionierung der Gotthardbahn gehabt, seien durchaus in Erfüllung gegangen. Der neue Vertrag sichere uns die gegen früher bedeutend erniedrigten Tariffüsse für den Güter-Transport nach Italien als Höchstgrenze zu.

Hg. Fritsch Hagedorn (Reichsp.)

müht sich Sicherung einer ausweichenden Entscheidung für die Aktionäre.

Hg. Dose (fr. Bgg.):

Meine Freunde werden dem Vertrag zustimmen. Wir haben hier nur die deutschen Verkehrsinteressen wahrzunehmen. Gegenüber dem Vorredner muß ich, um nicht falsche Hoffnungen bei den deutschen Aktionären wahrzunehmen, doch feststellen, daß es Sache der Organe der deutschen Aktionäre wie überhaupt der Aktionäre ist, ihre Interessen durch ihre Organe wahrzunehmen.

Staatssekretär v. Schoen:

Wir werden diese Angelegenheit mit Aufmerksamkeit verfolgen. Es ist aber zu erwarten, daß in nicht zu langer Zeit eine Verständigung mit den Aktionären erfolgt. Diese haben auch gar nicht gewünscht, daß wir in dem gegenwärtigen Augenblicke für sie eintreten.

Hg. Scheidemann (Soz.):

Meine Freunde werden für den Vertrag stimmen und sich darin auch dadurch nicht beirren lassen, wenn etwa die Aktionäre benachteiligt werden.

Hg. Schwabach (nl.):

Auf meine Freunde werden dem Vertrag zustimmen. Daraus wird der Vertrag gleich in zweiter Lesung angenommen.

Dann wird die Beratung des

Marine-Etats

fortgesetzt beim Titel "Staatssekretär".

Hg. Dr. Struve (fortsch. Volksp.):

So sehr wir den preussischen Ministerpräsidenten bekämpfen müssen, so sehr haben wir uns doch geirrt über die vorgezogene Erklärung des Reichsanstalters zugunsten eines freundschaftlichen Verhältnisses zu England. Der Reichsanstalt hat auch gewünscht, die Zustimmung möchte von uns in gleichem Sinne beizubringen werden. Was an uns liegt, wird geschehen. Eine Kritik unseres Etats, auch des Marine-Etats, werden wir uns keinesfalls ein-schränken lassen. Der Herr Polizeipräsident von Berlin hat sich erlaubt, zu erklären, die Sozialdemokratie könne schon Übergang in Parlament und Presse zu Worte. Ich meine, der Polizeipräsident sollte sich hüten, in solcher Weise zu provozieren. Ich möchte ihn warnen, sich in Vorgesprächen im Parlament einzumischen. (Zustimmung links.) Redner verlangt dann größere Heberfüßigkeit im Etat. Für Savarier müsse u. a. ein besonderer Posten im Etat stehen. Eine schwere Konkurrenz werde den Handwerker und sonstigen Geschäftsträger bereitet durch den Dienstvermerk. Ein Grupp-Erlaß des Kommandos der Offize gebe ihm Anlaß zu dem Wunsch, daß auch die Vorgesetzten, wenn sie gegnügt würden, dem Grupp zu erwidern hätten. Gegenüber dem älteren Bedürfnisse zum Verheiraten, sollte man in Bezug auf Erlaubnis zum Tragen von Zivilkleidung etwas entgegenkommender sein. Es ist ja schon manches geschehen, den Defizitieren das Leben angenehmer zu machen. Aber das müßte noch mehr geschehen, um die Defizitäre länger bei der Marine zu halten. Es sei viel von Entlassungen die Rede. Aber lassen sie ja ein konsequenter Antrag eingekommen, einen von der Kommission beschlossenen Antrag für Meße- und Tafelgelder von 371.000 M., wieder rückgängig zu machen. Er bitte dringend, den Antrag abzulehnen.

Die starken Ersparnisse an Meße- und Tafelgeldern seien offensichtlich, trotzdem seien sie in der Kommission beschönigt worden und ebenso am Sonnabend gegenüber dem Hg. Leonhart von dem Staatssekretär v. Tirpitz. Dieser habe Herrn Leonhart schlechte Information nachgegeben. In Wirklichkeit sei die schlechte Information beim Staatssekretär. Ebenso in Bezug auf den Erlaß des Rieker Oberverwaltungsamtes in den Verbindungs-Tretens von Marinebeamten mit Abgeordneten. Er erwarte, daß der Staatssekretär noch jetzt dem Oberverwaltungsamt entschieden wegen dieses Erlasses entgegengetre.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Was das Größen anfangt, so ist es vorzuziehen, daß ein Unteroffizier, der ein Kind aus der Hand hat, dieses losläßt, um zu grüßen, wenn er einem Offizier begegnet. Daß eine Dampfverbindung zwischen Curhaven und der Kanalmündung besteht, darin hat der Vorredner formell Recht, aber die Dampfer sind für Offiziere und Beamte ungeeignet.

Hg. v. Camp (Reichsp.):

Hg. Oppersdorf hat die Schuld, wenn wir jetzt von Krupp keine niedrigeren Preise bewilligt erhalten. Warum hat er uns keine Firma genannt, die Kanzenpfeiler liefern will? Der Vertrag mit Höggen wäre viel unvorzuziehen angefallen, als der mit Krupp. Hg. Oppersdorf hat dem Staatssekretär, der ein gewisser Kaufmann ist, die Waffen aus der Hand geschlagen. Der Hauptverbrecher unserer Vermaltung ist aber das alles bürokratisch gehandhabt wird. Man soll sehr Gewicht auf die persönliche Tätigkeit legen. Der Redner stimmt dem Antrag auf Aufhebung des Militärts bei den Stellenzulagen zu.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Wir tun alles, um leistungsfähige Kräfte nach oben zu bringen, ohne Rücksicht auf die Prüfung. In der Frage der Küstenverteidigung haben wir eine gewisse Reserve aufgesetzt, weil wir der Ansicht sind, daß sie an sich nichts dazu beiträgt, den Frieden zu erhalten. Diese Erhaltung des Friedens ist aber doch die erste Aufgabe der Flotte. Vernachlässigt werde die Küstenverteidigung nicht. Beschäftigt werde ich den Antrag auf Wiederherstellung der Verpflegungsgelder. Die Lebensweise des Seesoffiziers, der im Auslande repräsentieren und die Untergebenen zu sich einladen muß, um die Fälligkeit zu verlieren, ist nicht normal. Auf diese besonderen Verhältnisse muß Rücksicht genommen werden. Warten Sie mit Ihrer Entscheidung über die Verpflegungsgelder, bis ich die geforderte Denkschrift vorgelegt habe.

Hg. Bollermann (nl.):

Auch wir sind für Sparmaßnahmen, aber dieser Militärts in der Kommission kann nicht aufrecht erhalten werden. Dem Staatssekretär kommt das Verdienst zu, daß er den unergütlichen Streitigkeiten, die wir feinerzeit über die Art und das Tempo des Flottenbaus durchgeschafft haben, ein Ende gemacht hat. Die Sozialdemokraten empfehlen uns, uns mit England zu verständigen resp. das Flottenprogramm abzurufen. Wir denken nicht daran, unsere Flottenorganisation und unsere Flottenbau-Englandens wegen zu ändern. Alle Mächte müssen auf der eingeschlagenen Bahn der Flottenrüstungen weiterfahren. Die Entwicklung unserer Flotte steht durchaus im richtigen Verhältnis zur Entwicklung unseres Handels. Auch auf dem Wege der Erbauung der großen Tappen mußten wir England folgen, sonst wäre unsere Flotte vollständig minderwertig geworden. Ueber den Rahmen des Flottengesetzes wollen wir nicht hinausgehen. Schon mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches. Wir wünschen gute Beziehungen mit England, aber nicht auf Kosten des Selbstbestimmungsrechts über die Größe unserer Flotte. (Beifall.)

Hg. Ledebour (Soz.):

Herr Bollermann hatte wohl das Bedürfnis, die dürftige Fünfundzwanzig des Reichsanstalters zu ergänzen. Viel geholfen hat er ihm nicht. Herr Gädde brauche ich gegen die Patrioten dieses Hauses nicht zu schützen. Die Rede des Reichsanstalters entbehrt ihrer Selbstverständlichkeit. Man darf die Herren nicht nach ihren Reden beurteilen, sondern nach ihren Taten. Unsere Flottenpolitik muß Wiltstrauen im Auslande erzeugen. Im vorigen Jahre bestritt die Regierung, daß England mit Abrüstungsvorhaben an uns herangetreten ist. Tatsächlich ist das aber geschehen. Was muß das für einen Eindruck in England machen, wenn die eigene Regierung Lügen erzählt wird. Die Regierung tritt dem Reichstag hinterhältig entgegen und setzt in ihm genau so eine seltene Maske, wie Herr v. Jagow in der Berliner Bevölkerung. Diese Regierung distanzieren das Ansehen Deutschlands. (Widerstand Erörderung v. Schoen u. A. teilt dem Redner eine Frage.) Unsere Regierung ist schon jetzt soweit, daß sich der Berliner Polizeipräsident herausnimmt, auf friedliche Spaziergänger mit dem Säbel einzuhaufen zu lassen. (Der Widerstand ruft den Redner zur Sache.) Wir wollen die Regierung befeigen, die nicht fähig ist, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu wahren. (Beifall bei dem Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Das Bauprogramm unserer Flotte ist streng eingehalten worden. Den Vorwurf der Hinterhältigkeit werde ich also zurück. Der Staatssekretär verweist auf seine vorjährigen Ausführungen über etwaige Vereinbarung bezüglich des Abrüstungs mit England. Ein offizieller englischer Vorschlag zur Abrüstung ist niemals gemacht worden. Die Vorwürfe Ledebours waren also unberechtigt. (Beifall rechts.)

Hg. v. Döring (Rp.):

bedauert die Verheerungen der Sozialdemokraten und bemängelt es, daß Beamte ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten Mitteilungen an Parlamentarier machen.

Hg. Herzog (wirtsch. Bgg.):

hält ebenfalls diesen Nachtragsverwehler für unangebracht und spricht weiterhin dem Staatssekretär das Vertrauen seiner Fraktion aus.

Hg. Werner (Reip.):

verteidigt das Recht der Beamten, sich an Parlamentarier zur Erzielung ihrer Wünsche in Verbindung zu setzen

Hg. Graf Oppersdorf (Agr.). erwidert auf die gegen ihn gerichteten Angriffe. Wir täten gut, bezweigen im Innern eine Konkurrenz zu schaffen, damit wir nicht ins Ausland gehen müßten.

Hg. Dr. Leonhart (Volksp.):

fordert eine Auskunft vom Staatssekretär über den Erlaß des Rieker Oberverwaltungsamtes bezüglich des Verkehrs von Beamten mit Abgeordneten.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Der Oberverwaltungsamt teilte mir telegraphisch mit, daß er eine Unterlegung über den Verkehr von Angehörigen mit Abgeordneten weder angeordnet noch eingeleitet hat.

Hg. Dr. Struve (Volksp.):

Wir wollen wissen, wie der Staatssekretär selbst über diese Sache denkt.

Hg. Erxberger (Ztr.):

Der Staatssekretär hat die Unterlegung in Kiel nicht eingeleitet, der Oberverwaltungsamt auch nicht. Stattdessen haben sie aber, vielleicht durch den Adjutanten des Oberverwaltungsamtes. Es ist auffällig, daß der Staatssekretär nicht klipp und klar erklärt hat, daß er so etwas nicht wünscht. Der Staatssekretär bereitet sich selbst den besten Boden für seine absolut notwendigen Forderungen, wenn er alles Heberfüßigkeit befeigt und jedem Luxus entgegentritt.

Die Ausrede beim Gehalt des Staatssekretär schießt hiermit. — Dienstag 1 Uhr Weiterberatung, Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser reist nicht nach Korfu.

Die "Nordd. Allg. Zig." schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

In der Presse tauchen fortgesetzt Angaben über eine bevorstehende Reise Sr. Majestät des Kaisers und Königs nach Korfu auf. Gerade in den letzten Tagen haben sich die Gerüchte soweit verdichtet, daß schon von Vorbereitungen zum Empfang des Monarchen auf der Insel berichtet worden ist. Wir möchten deshalb daran erinnern, daß eine Fahrt Sr. Majestät nach dem Mittelmeer für dieses Jahr niemals beschlossene Sache war, und möchten es als unwahrscheinlich bezeichnen, daß eine solche Reise unternommen wird.

Die Verrückelung der Unteroffiziere

behandelt nachstehende im "Armee-Verordnungsblatt" veröffentlichte Kabinettsorder:

Im Vertrauen auf die bewährte Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Unteroffiziere meiner Armee bestimme ich: I. Die Vorschriften, nach denen außerhalb des Dienstes oder ohne besondere Beurteilung alle Mannschaften zu einer bestimmten Abendstunde in die Kasernen oder das Quartier zurückzuführen sein müssen, finden auf Unteroffiziere mit Offiziersangehörigen und Sergeanten keine Anwendung. Alle übrigen Unteroffiziere dürfen ohne Urlaub bis Mittnachts außerhalb der Kasernen oder des Quartiers bleiben; Verheiratete können seitens der Kompanie um Chefs dauernde Urlaubskarten vorbehaltlich jederzeitiger Zurücknahme ausgestellt werden. Jeder mit Disziplinarstrafverwehler verurteilte Vorgesetzte hat das Recht, vorübergehend für Unteroffiziere aller Dienstgrade die Rückkehr in die Kasernen oder das Quartier zu einer früheren Stunde anzuordnen, wenn er dies aus allgemeinen dienstlichen Gründen (z. B. Unruhestiftung der Mannschaft in besonderen Verhältnissen, am Abend besonders anstrengender Übungen, während der größeren Truppenübungen usw.) für nötig hält. Ein gleiches Recht steht in solchen Fällen auch den höheren Befehlshabern zu, denen Truppenteile zeitweise unterstellt sind, ohne daß die Disziplinarstrafverwehler über diese haben. Die mit Disziplinarstrafverwehler versehenen Vorgesetzten der zu ihrer Ausbildung in besonderen Schulen oder Abteilungen vereinigten Unteroffiziere sind berechtigt, für diese dauernd eine bestimmte Abendstunde für die Rückkehr in die Kasernen usw. anzuordnen. II. Die Unteroffiziere der Fußtruppen sind vom Tragen des Gepäcks befreit bei allen Feldausübungen und Übungen mit Ausnahme solcher, die aus Rücksichten der Intarsunft die Mitnahme des Gepäcks bedingen oder bei denen für die Offiziere das Tragen des Gepäcks notwendig vorgeschrieben ist. Die Befehle sind in diesem Befreiungsbereich ihres Befreiungsbereiches jederzeit das Anlegen des Gepäcks zu beschließen, sobald sie es zu Ausbildungszwecken für erforderlich halten.

Berlin, den 23. Februar 1910.

Wilhelm.

v. Seeringen.

Vom Frauenstimmrecht in Baden.

Aus Karlsruhe wird der "Allg. Zig." gemeldet: Die von der Zweiten Kammer eingesetzte Kommission zur Beratung des neuen Gesetzentwurfes über die Wenderung der Gemeindeordnung beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage des Frauenstimmrechts. Der Vertreter der Regierung erklärte den Zeitpunkt für die Einführung des Frauenstimmrechts in der Gemeinde nicht noch nicht für gekommen; bei der Mehrheit der badischen Bevölkerung bestche noch heute kein Bedürfnis für die Einführung. Die Mehrheit der Kommission betrat dagegen den Standpunkt, daß die Erfahrungen, die

mit der Tätigkeit der Frauen in verschiedenen Gemeindefunktionen in den letzten Jahren gemacht wurden, die den besten Erfolg hatten und dass man deshalb in Baden mit dem Frauenwahlrecht für die Gemeinden beharrlich vorgehen sollte. Die Abstimmung wurde auf später verschoben. Bei dem Anlauf ist bemerkt, dass die Eintragung des Stimmrechts an selbständige erwerbstätige Frauen auch in national-liberalen Kreisen des Landes immer mehr Eingang findet. Eine der eifrigsten Vorkämpferinnen war das Fraueninstituts ist die Gattin des Fraktionschefs der Nationalisten in der zweiten Kammer Geh. Oberkonsul Rebmann.

Parlamentarisches.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Reichs-Verfassungsgesetzes zugegangen, das die Beitrittspflicht des Reiches zu Kommunalen regelt. Das Gesetz tritt schon am 1. April in Kraft.

Parteinachrichten.

„Der Kampf um die Wahlreform“ betitelt sich eine 1/4 Bogen starke Broschüre, die der Freiwirtschaftliche Ausschuss für soziale herausgegeben hat. In der Broschüre werden die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage ausführlich wiedergegeben. Sie ist für die Massenverbreitung bestimmt und der Bezugspreis entsprechend niedrig bemessen. Der Preis der Broschüre beträgt 10 Pf., bei Partien von 25 Stück an — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — werden 7 Pf. berechnet. Bestellungen sind unter Einbindung des Betrages an die Geschäftsstelle des Freiwirtschaftlichen Ausschusses, Berlin W. 9, Köthenerstr. 48, zu richten.

Kleine politische Nachrichten.

Das königliche Staatsministerium trat gestern zu einer Sitzung zusammen.

Zum Neubau des Reichsministeriums.

Nach einem Beschlusse der Budgetkommission des Reichstages soll der Neubau des Reichsministeriums in der Bendler- und Königin-Augusta-Straße zu Berlin errichtet werden.

Eine bayerische Regierungsvorordnung verfügt, daß im bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst künftig nur diejenigen Kandidaten, welche die zweite Staatsprüfung mit dem Gesamtnote „Eins“ oder „Zwei“ bestanden haben, die Fähigkeit zum Amte eines Richters, Staatsanwalts, Notars, sowie zur Rechtsanwaltschaft erlangen. Kandidaten mit der Gesamtnote „Drei“ können höchstens noch zu Gerichtsschreibern ernannt werden. Für die Aufstellung am 1. Dezember hat der Bundesrat jetzt die näheren Bestimmungen beschlossen. Für die Nachrichten über die Persönlichkeit des einzelnen ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Doch können einzelne Landesregierungen verfügen, daß die Angaben auch zu anderen Zwecken als den amtlichen statistischen Arbeiten benutzt werden. Die Fragen sind dieselben wie früher. Die Ergebnisse der Zählung sind aus den einzelnen Bundesstaaten in 12 Tabellen zu bestimmten Zeiten dem Kaiserlichen Statistischen Amt mitzuteilen. Dieses bearbeitet die Tabellen für das Reich und veröffentlicht sie sobald als möglich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser traf gestern früh in Oldenburg ein und wurde am Bahnhof vom Großherzog und der Erbprinzessin begrüßt. Der Kaiser, der die Uniform des Seebataillons trug, fuhr mit dem Großherzog und dem Erbprinzen im Automobil zum Elisabeth-Villa-Palais, um dort einen Zimbis einzuschmecken. Die Truppen bildeten Spalier, und die in den Straßen angeordnete Menge begrüßte den Kaiser mit lebhaften Hurraufen. Am 10 Uhr 37 Min. verließ der kaiserliche Hofbesuch den Bahnhof in Oldenburg. Der Großherzog und der Erbprinzessin begleiteten den Kaiser im Automobil zum Bahnhof. Der Kaiser verabschiedete sich vom Großherzog mit herzlichem Händedruck. Den kleinen Erbprinzessin fuhr er an sich und küßte ihn. Unter den Hurraufen der auf dem Bahnhof verammelten Menschenmenge setzte sich der Zug nach Wilhelmshaven in Bewegung. Dort traf der Kaiser gegen 12 Uhr ein und wurde am Bahnhof vom Prinzen Heinrich, dem Stationschef Admiral Grafen Baudissin, dem Flottenchef Admiral v. Holtenhoff und dem Festungscommandanten Konteradmiral Merion empfangen. Nach Begrüßung der Admirale fuhr der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich im Automobil durch die reich besteckten Straßen unter lärmlichen Hurraufen der verammelten Menge zum Generalquartier des II. Marinebataillons, wo die Vereidigung der Retzler in Kraft fand. Auf dem Wege zum Generalquartier bildeten die alten Mannschaften und die Schienen Spalier.

Heer und Flotte.

Die diesjährigen Kaisermanöver finden, wie jetzt im „Armee-Verordn.“ amtlich bekannt gemacht wird, in der Zeit vom 8. bis 10. Septbr. zwischen dem I. (ostpreussischen) und dem XVII. (westpreussischen) Armeekorps statt. Am 24. August wird der Kaiser bei Königsberg die große Parade über das I., am 27. August bei Danzig die Parade über das XVII. Armeekorps abhalten.

Ausland.

Zur Verfassung der Hochkaplerin Marianowitsch.

die bekanntlich mit den Gichtmorden an österreichischen Generalstabsoffizieren in Verbindung gebracht wird, wird gemeldet:

Wien, 7. März. Die Agrarminister veröffentlicht heute ein ausführliches Communiqué über die Vernehmung der am Sonnabend verhafteten Anka Marianowitsch. Die Polizei erklärt, es sei nachgewiesen, daß sich die W. in verschiedenen Städten größere Mengen Japantat verhaftet habe, daß aber die Art und Weise, wie dieses Japantat verwendet wurde, nicht mit Sicherheit ermittelt werden konnte. Die Polizei konstatierte, daß die Geschäfte von dem alten Herrn, mit dem sie das Gift gekauft haben will, den Charakter einer Erfindung trägt und stellt dem gegenüber, daß die Marianowitsch Beziehungen zu vielen Offizieren unterhalte. Mit Bezug auf den Fall Forstner erklärt die Polizei, daß gegen Forstner ein bloßer Indizienbeweis vorliege, bei der Marianowitsch hingegen Gift ver-

Eine Rede über die internationale Politik. Nach einer Memorandum Depesche des „Newport Herald“ hielt gestern der bekannte Großkapitän Jakob Schiff im republikanischen Klub eine Rede über die gegenwärtige internationale Politik. Er kam dabei auch auf die Klassenkonflikte zu sprechen und bemerkte, daß dieses Problem im Westen von Amerika eine der wichtigsten Fragen wäre, die die Diplomatie der Vereinigten Staaten zu studieren hätte. Ich fürchte, jagte er, daß ein Schicksalsschlag sehr nahe ist und hoffe, daß ich in dieser Beziehung ein schlechter Prophet bin. Wenn ein Konflikt mit Japan zu einem Kriege führen sollte, so wäre Japan verantwortlich dafür. Japans Hochmut sei seit dem Kriege mit Rußland ins Unerwartete gestiegen. Wenn es unserer Diplomatie nicht gelingt, die Projekte dieser Nation zu vereiteln, so wird es zum Kriege kommen. In der Krise, der wir entgegengehen, werden wir notwendigerweise alle Energie aufzubieten haben.

Kleine Tagesnachrichten.

Aufforderung zur Heimkehr. „Stampa“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß der König von Griechenland den Kronprinzen Konstantin, der gegenwärtig in Rom weilt, mitgeteilt habe, daß er unbelohnt nach Athen zurückkehren könne, da ihm keine Schwierigkeiten in den Weg gesetzt werden würden. Der Kronprinz scheint jedoch aus persönlichen Gründen nicht nach Athen zurückzukehren, da er nach Paris und von dort nach Frankfurt a. M. reiten will.

25. Landtag der Provinz Sachsen.

2. Plenarsitzung.

Merseburg, 7. März.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung 11 Uhr. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Haushaltplan in erster Lesung, zu dem der Landeshauptmann das Wort ergreift und auf einige technische Verbesserungen in der Anlage des Guts hinweist, der sich jetzt überschüssiger und handlicher präsentiert. Neu hinzugekommen ist im Etat die im Staat zu eröffnende Erziehungsanstalt in Nordhausen und die Gutsverwaltung in Merseburg. Trotz strenger Sparmaßregeln war es unermesslich, die Provinzialsteuern zu erhöhen. Schulden und Beamtengehälter sind vermehrt, da darf für die Gemeinden nicht noch eine bedeutende Steuererhöhung hinzukommen, später werden sie eine erneute Erhöhung der Provinzialsteuern leichter ertragen. Redner geht den Etat im einzelnen durch, die zu erlaubende neue Landesbankanstalt, die bringende Verbesserung der Provinzialsteuern erfordern erhebliche außerordentliche Mittel. Es sind außerhalb der laufenden Haushaltsverwaltung mindestens 24 Mill. laufende Cassen zu verbessern. Die Mittel sollen nach einer besonderen, dem Landtage zugegangenen Vorlage auf 13 Jahre über den Etat hinaus verteilt werden. Auch die übrige Wegeverbesserung erfordert besondere Mittel.

Während von Jahr zu Jahr sind auch die Aufwendungen für das Jrenzweesen. Die Einrichtung einer neuen Landesbankanstalt ist ein dringendes Bedürfnis geworden. Der Etat stellt hierfür 3 Millionen als erste Rate ein. Dem Landtage ging darüber eine besondere Vorlage zu.

Das Landtagswesen sowie die Provinzialschuldenentlastung machten ebenfalls erhebliche Forderungen notwendig. Neue Einnahmen haben der Provinz nicht erschlossen werden können. Im letzten Etat konnten 215 000 Mark pro Jahr Verwaltungsüberschüsse aus früheren Etatsjahren eingestellt werden. 6 000 000 Mark Verlusttrag sind durch Provinzialsteuern bezw. durch Anleihe zu decken. Die Erhöhung der Provinzialsteuern von 10% Proz. auf 12 Proz., also

um 1/4 Proz.,

hat sich als dringend notwendig erwiesen. Eine Erhöhung der Provinzialsteuern wird voraussichtlich in allen Provinzen notwendig sein. Unsere Heimatprovinz wird noch immer zu den am günstigsten verkehrten der Monarchie gehören.

Nur nach reiflicher Überlegung und im wohlwollendsten Interesse der Provinz habe ich die erneute Steuererhöhung beantragt, schließt der Redner.

Der Vorsitzende empfiehlt möglichst Redebeschränkung, da in der Kommissionen Zeit und Gelegenheit genug zu jeder Meinungsäußerung ist.

Abg. Graf v. G. erklärt die Provinz als einen der reichsten der Provinzen, der Staat lebend an, erklärt sich aber mit dem Zustand weniger zufrieden. Wir haben doppelten Anlaß, uns der Anwesenheit des Parlamentes zu befleißigen, wie man das nach allseitigstem Anlaß zu jezt im Landtag und Reichstag auch tut.

Redner macht dann eingehende Ausführungen zum Steuer-Etat, insbesondere zur Gehaltssteuer. Ein Etat soll möglichst weder mit einem Ueberschuß noch mit einem Fehlbetrag enden, sondern sich den tatsächlichen Verhältnissen nach Möglichkeit anpassen.

Abg. v. Jagow gibt dem Etat auf seinem Wege zur Kommission ebenfalls einige Worte mit und spricht seinen Dank aus, daß der Landtag dem Oberbürger Kreise 1/2 des anlässlich der Ueberschwemmung gewährten Darlehens schenken will. Redner bittet den Landtag, diesem hochherzigen Plane zuzustimmen und dankt nochmals Staat und Provinz für alle Gaben an Lebens- und Futtermitteln, Saaten und Geld für die Unterstützten im Oberbürger Kreise. Die Not bei uns ist keine geringe, was ich jedoch ohne neue bettelnde Bittschreiben hier sage.

Redner tritt dann erneut die Frage der ein- oder zweijährigen Etatsperiode. Ich muß doch annehmen, daß der Bundesbau einiger Sorten, die einmal dafür, einmal dagegen stimmen, nicht so solide ist, wie ich glaube. (Gelächter.)

Nun zur Provinzialsteuern-Erhöhung. Kreis, Staat, Provinz, alle verlangen erhöhte Steuern von uns. Wo sollen wir denn da hinkommen! Ich meine, den Verkerz und in unsern Finanzen ist strengste Sparmaßkeit anzuschließen. Sie brauchen nicht immer die modernsten, neuesten Instrumente. Verziele schreiben per Recepte, aber Verziele schreiben sie nicht gern. Man soll sie dazu immer wieder auffordern. — Noch eine Aufgabe, die mich nicht erfreut: Lausheft. Als wir es übergeben, hieß es, das kostet uns 20 000 Mark. Nun will man schon wieder 35 000 Mark haben.

Redner tritt für die Uebernahme der altschwarzwaldigen Kollertal-Kreuzfahrt ein, die man ihm vom Provinzialauschuß abgelehnt hat. Solch eine geistliche Stätte steht höher als Lausheft, wo Schiller und Goethe ihren legitimen und illegitimen Vergnügungen nachgingen. (Schalles Gelächter.) Das Provinzialmuseum endlich. Wir können doch schließlich auf einer anderen Stadt, z. B. Magdeburg, Erfurt, Stendal, Schwebel u. a. die einmal übernommenen Sammlungen geben.

Sind alle Wege richtig, die die Provinz, unsere providentia majorum, wandelt? Unser Strobenbauapparat ist zu groß. Wir sollten den Kreisen den Strobenbau überlassen, die unbeschreiblich billiger bauen als wir. Wir sollten uns mit der Rolle der Aufsichtsbekörderung begnügen. Jetzt ist der Moment, ernstlich darüber zu sprechen, denn wir haben in diesem Punkte erhebliche Ueber-

Man hat auf die Automobile hingewiesen. Da soll man doch die Automobile mit einer Art. Abgabe belassen.

Ich bitte um Erwägung meiner Vorschläge in der Kommission. Abg. Banji spricht ebenfalls zu dem Kapitel Cassen und Automobil. Beschlag, der Restlosheit nehme ich an, daß die Provinz dem Beispiele des preuss. Landtages folgt, dem ja eine besagliche Vorlage vorliegt. Man muß allerdings bei den Restlosheit bedenken, daß unsere Provinzialbanken noch nicht verstaatlicht sind. Der Betrag von 5 Millionen für die Restlosheit scheint mir sehr hoch zu sein. Jetzt will man sich mit diesen Anlässen an Großbänke angeschlossen und früher konnte man die Einmaligkeit nicht einmal genugs finden. Redner wendet sich dann noch gegen eine ganze Anzahl kleinerer Kosten, die nicht dringend nötig seien. Die Kommission werde sehr eingehend zu prüfen haben.

Abg. Franz: Es ist sehr zu überlegen, ob man gerade im Steuer-Etat so furchtbar knapp sein soll. Wenn wir jetzt so sehr sparen, haben wir im nächsten Jahre keinen Vorteil davon. Wir haben uns heute noch mit Schulden herumzuplagen, die aus dem Jahre 1875 stammen. Diese müssen wir ablösen, denn es treten immer neue Anforderungen an uns heran. Wir haben in den Vorjahren zu knapp gewirtschaftet. Wir werden leben, ob nicht bei dem Kapitel Lausheft oder bei dem Museum zu sparen ist. Für letzteres nimmt man der Provinz dauernd ein Kapital und den Zinsgenuss und gibt für dafür ein Geld, das etwas kostet. Kapital und Zinsgenuss gehören aber nicht zusammen, sondern der späteren Generation. Wir müssen sorgen, daß durch den Bau des Museums der Kapitalbestand nicht verringert wird.

Abg. Weder spricht zu dem Kapitel Heilanstalt. Uebersichtiger ist, ist mit einem Heilgebäude in einer entlegenen Gegend errichtet. Dann hat man ein Kapital in einer kleineren Stadt errichtet, obgleich zwei beantragt waren. Und nun beantragt man ein großes Jrenzhaus in Erfurt oder Mühlhausen. Warum ist denn das zweite, kleinere Kapital damals nicht gebaut?

Für Lausheft haben wir 1906 auf Witten und Drängen des Landeshauptmanns einmalig 20 000 Mark bewilligt. Heute fordert man schon wieder 35 000 Mark. Es wird sich fragen, ob wir die Summe bewilligen.

Abg. Frz. v. Erffa: Das ist doch ganz ungeheuerlich, daß man gleichzeitig die Steuern erhöhen und noch fünf Millionen borgen will. Redner bittet u. a. die Provinzialverwaltung, bei derartigen „unglückseligen Anlässen wie dem Danaergeschenk von Provinzial-Museum“ künftig überhaupt vorzichtig zu sein.

Ich bin überzeugt, daß wir eine höhere Summe für Heilanstalten in den Etat stellen, während der preuss. Landtag hier verneint. Die Provinz muß ihre Neffen auf das äußerste vernütern.

Selbstverständlich brauchen wir erhebliche Mittel für nationale Ausgaben, aber anderswo müssen wir sparen. Sparmaßnahme am falschen Orte ist Verhinderung, sagt der Herr Landeshauptmann in seiner Rede. Ich hoffe, daß es das nicht in Bezug auf das Provinzialmuseum gesagt hat. Mit der neuen Anleihe hätten wir 13 Millionen Mark Schulden in der Provinz und haben sehr wenig amortisiert, wie Graf von G. was ganz richtig ist. Ich empfehle überhaupt eine energiegelbere Schuldenentlastung. Wir würden nicht Kinder und Enkel zugunsten der Gegenwart belasten. Ich halte Erhöhung der Provinzialsteuern für wirtschaftlicher als neue Anleihen. (Sehr richtig!)

Da steht ein vergeblicher Versuch in einem Winkel und damit will man nun das Provinzialmuseum bauen. Das ist doch kein zufälliger Fund, sondern Vermögen der Provinz. Ich bitte um genaue Staatsprüfung, alles vermeintliche dabei herauszubringen. Mein Gegenüber Sie dabei begleiten. (Brauo.)

Abg. v. Lenz hält die Einstellung der Ueberschüsse als Einnahme für bedenklich, weil man nicht weiß, ob sie immer da sind. Mindelstens muß man sie nach oben fixieren.

Für außerordentlich bedenklich halte ich die Position für Landesverwaltung. Ich will hier auf einem Holzwege und verwenden unsere Mittel ganz unpraktisch. In der Provinz ist es so gut gemeint, Geld auf einen völlig verkehrten Weg gegeben, das eine vorzügliche Hilfsorganisation nicht stattfinden. Nur 11 Prozent der untergeordneten Kreise sind in Familienpflege gebracht, die Anfallserziehung dagegen ist nicht von Erfolg. Das Gesetz gewährt uns nun keinen neuen Weg. Es werden heute nur noch verwaistete Kinder der Hilfsorganisation übergeben. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Provinz in dieser Frage an die Staatsregierung wendet. Bei vorwegender der Erziehung werden wir sehr viel billiger sehen als bei bloßer Korrigende. (Brauo.)

Der Landeshauptmann verifiziert wiederholt, daß in den Verwaltungsanstalten der Provinz auf das allernäppste gewirtschaftet wird. Bezüglich der Restlosheit wird man sich den Entscheidungen der Staatsregierung anschließen.

Abg. Gerhardt spricht über die schwere Tätigkeit der Rechnungsprüfungskommission und macht praktische Vorschläge zur Erleichterung der überaus umfangreichen Arbeit, die sich so, wie die Sache jetzt eingerichtet ist, nicht ordnungsmäßig bewältigen läßt.

Redner tritt noch zu dem Punkte Erhaltung von Bundesmüllern und tritt den Ausführungen des Abg. Banji entgegen. Von den verschiedenen Bundesbauinspektionen sind verschiedene Schritte für Beschaffung erschaffen, die darauf schließen, daß hier auch ein verschiederer Maßstab der Sparmaßkeit angelegt wird. Man trete der Sache doch einmal näher.

Abg. v. Jagow schlägt dem Hause vor, das Provinzial-Essen in Anstalt abzugeben. (Gelächter.)

Der Haushalt geht an eine Kommission von 17 Mitgliedern.

II. Die Etatsüberschreitungen und Verwaltungsüberschüsse gehen ebenfalls an die Kommission.

III. Nachzahlung des erhöhten Wohnungsgehalts an die Provinzialbeamten.

Abg. Graf v. G. erklärt gegen die Nachzahlung. Der Landeshauptmann tritt für die eingehaltene Vorlage lebhaft ein. Der Landtag wird sich dem nobis obsequium nicht verschließen können. An den erforderlichen 30 000 Mk. partizipieren alle Provinzialanstalten.

Abg. v. Erffa unterläßt den Vorschlag des Grafen von G. den Landeshauptmann nicht folgen. Ich kann den Ausführungen des vorigen Tagung seinen Standpunkt unabweisend darlegen, was nach der verlangten Nachzahlung nicht eintreten kann. Ich beantrage Ablehnung der Vorlage.

Abg. v. Lenz: Nach meiner Ansicht ist diese Frage eine reine Rechtsfrage, die unserer Entscheidung nicht unterliegt. Stellen wir die Mittel bereit, bis die Frage im Rechtsweg ausgefochten ist.

Abg. Graf v. G.: Es handelt sich hier in der Tat um reine



Neckstrogen. 36 beantragte Ueberweisung an die Kommission.

Es wird demgemäß beschloffen.
IV. Wanderarbeitsstätten. Abg. Wabehn erstattet Bericht über die vom vorigen Landtag angeordnete Beschäftigung auswärtiger Arbeitsstätten. Unter der Leitung des Geheimrats Stegemann wurden 11 Wanderarbeitsstätten befestigt. Ein ausführlicher Bericht liegt gedruckt vor. Zuwenden könnte man sich am besten dem in Hesse eingerichteten System. Auch Herr von Bobelshöning hat die Kommission auf ihrer Reise in seiner Anstalt herangeführt. Er trug der Kommission auf: „Meine Herren, lassen Sie den lieben Sachsen, sie möchten den Wanderern nicht Geld, sondern Arbeit geben!“

Positive Vorschläge unterbreitet der Referent nicht. Stadt und Land, Industrie, Landwirtschaft und Handel haben gleiches Interesse an der Vorlage.

Abg. v. Schend: Dem vorigen Landtag fehlte zur Beschäftigung die erforderliche Zweidrittel-Majorität. Ich möchte alle Joesler und Geger bitten, unseren Antrag zu unterstützen, den Provinzialparlament am sofortige Einbringung einer Vorlage erlauben.
Die Mehrheit nimmt diesen Antrag an.

V. Die Armenpflegelasten-Vorlage geht an die Kommission.

VI. Die Vorlage betr. Umgehörtskassen der Kommunalverbände geht ebenfalls an die Kommission.

VII. Zur Frage der landlichen Fortbildungsschulen spricht Landesrat Höfer. Es werden Anregungen aus der Provinz heraus gemüht. Eine beschleunigte Erledigung ist erwünscht.

Abg. von Hufe (bei der wachsenden Unruhe des Hauses kaum verständlich) berichtet von einem bedauerlich ausgefallenen Lehrkursus. Es sind in diesem Jahre wieder zwei Kurse in Aussicht genommen. Die Provinz ist geben, dazu 5000 Mk. zu beschließen. Die Schule soll der Zuständigkeit und Vererbung der landlichen Jugend entgegenstehen, die nach der Schulentscheidung ohne jede Aufsicht sind. Heute haben die Eltern keine Autorität mehr. Durch die Schule werden die Jungen wieder an eine gewisse Höhe gehoben.

Abg. von Schend spricht über die Ursachen der Verrohung der Jugend.
Der Oberpräsident beantwortet die Vorlage. Die Schulung des Charakters soll doch hierin nicht rückständig sein. Das werden Sie doch auch nicht wollen. Zweifelhaft ist mir, ob die vorliegende Gestalt des Gesetzes auch für unsere Provinz die geeignete ist. Ich würde daher empfehlen, daß wir entl. im Wege einer Resolution einen Aufschub machen.

Die haushälterischen Zuschüsse werden wohl auch künftig bewilligt werden.

Der Vorlesende Abg. Wartenzenleben spricht ebenfalls von der Vorlage. Den Vorsitz führt an seiner Stelle Abg. Schneider. Die Vorlage geht an eine Kommission von 9 Mitgliedern.

VIII. Ueber die Vorlage betr. Bau einer neuen Landesheilklinik berichtet Landesrat Stomied. Wir haben diesen Bau bisher mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Das wird weiterhin in demselben Falle sehr möglich sein. Die Erfahrungen mit einseitigen Orten wie Löffelringe haben uns gelehrt, daß wir mit der neuen Anstalt die Nähe einer größeren Stadt suchen müssen. Wülhausen und Erfurt haben Terrain angeboten. (Das Saus verleiht sich in die der Vorlage beigegebenen Situationspläne.) Man hat sich für Erfurt entschieden müssen. Referent begründet die Ansicht des Provinzialparlamentes und sieht dabei im Sinne wiederholt auf Wülfhausen. Die hoch erscheinenden Kosten hielten hinter denen anderer moderner Krankenhäuser doch noch erheblich zurück. Für die erste Bauperiode werden 3 Millionen verlangt, für die zweite 2 Millionen Mark.

Abg. Fürst Stolberg-Wernigerode entscheidet sich für Wülhausen, wo das Terrain billiger und in jeder Hinsicht besser ist. Ein Mangel wäre nur, daß Wülhausen an einer Nebenbahn liegt. Nur mit Rücksicht auf die Aerzie und deren Wünsche sollte man doch die Entscheidung nicht treffen. (Sehr richtig!)

Ich halte Wülhausen für geeigneter. (Brauu.)

Abg. Schneider als Vorsitzender bittet, auf die Vollzähligkeit in dieser ersten Sitzung nicht einzugehen.

Wom Abg. Zrennmann wird bebauet, daß der Provinzialparlament hinter verschlossenen Türen gearbeitet und keinen Wülfhäuser Vertreter hinzugezogen habe. Hier sei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Professor Wit, der Gutachter, soll Direktor der neuen Anstalt werden, das sieht ziemlich fest, und er hat gesagt: „Ich gehe doch lieber nach Erfurt als nach Wülhausen. Der Herr Professor hat sich in seine Ideen hineingeseht, ohne die genaue Verhältnisse zu kennen. Wülfhausen macht icharig. Die Vorlage hat sich aber auf diesen verkehrten Ansichten auf. Wülhausen liegt an der Hauptbahn und vom 1. Mai ab Schnellzüge. Kranentransporte auf einem kleineren Bahnhofs sind bequemer und vorteilhafter. Familienpflege findet sich in dem größeren Dörfern. Wie kann man einen Mann mit dem einen Wülfhausen nennen, wo kein Arzt bleiben will? Ihr guten Kinderzehrungen, zur eigenen Erholung und Unterhaltung bietet Wülhausen den Vorgesetzten alle Mögliche. Direktoren anderer Anstalten führen die Aufgaben des Verwaltungsrats auch auf ganz etwas anderes zurück, als auf die von den großen Städten entfernte Lage der Anstalten. Referent erwidert eingehend alle lokalen Vorzüge Wülhausens, soweit sie für die geplante Anstalt in Betracht kommen, und weist nach, daß die Anstalt in Erfurt erheblich werden würde. Erweiterungsbauten sind in Wülhausen ohne weiteres möglich, in Erfurt werden sie sehr teuer werden. Referent stellt einen Antrag, dahingehend, die Anstalt in Wülhausen zu erbauen.

Abg. Dr. Gerhardt weist auf die Enteignungsfrage hin. Der Landeshaupmann macht begütliche Zusicherungen.

Abg. Dr. Schmidt stellt Einzelheiten in der Rede des Hohen Stöberg hinsichtlich des Sitzes der Zrennmannsitzung.

Abg. Banja schlägt eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern vor. Nach dem, was ich hier heute im Plenum gehört habe, hat Wülhausen jetzt meine Stimme sehr viel mehr als vorher. Aber Wülhausen soll uns noch besser entgegenkommen. Vielleicht haben die Vertreter schon Willmacht dazu in der Tasche. Ich empfehle eingehende Erwägungen, ob das Bauprogramm nicht vielleicht noch und weitgehend messen ill.

Der Landeshaupmann weist zurück, daß Professor Wit Direktor der neuen Anstalt werden soll. Der Landtag hat den neuen Direktor zu wählen. Die Kosten sind ja enorm, das geht nicht, aber im Verhältnis sind sie doch bescheiden.

Abg. Oppé macht auf die großen finanziellen Unterschiede der beiden Angebote aufmerksam. Jetzt ist schon eine Differenz von 275 000 Mk. zu konstatieren. (Das Saus ist bei der vorgedachten Stunde — man verhandelt bereits über 4 Stunden — sehr unruhig und unaufrichtig. Die Ausführungen des Redners gehen in der allgemeinen Unterhaltung verloren.)

Die Vorlage geht an eine besondere Kommission.

IX. Provinzialmuseum. Der Landeshaupmann erteilt Bericht. 1913 ist das jetzt bewohnte Gebäude zu räumen. Abg. v. d. Schulenburg besetzt darauf, daß die Museumskommission die. Wir wollen endlich bestimmen, wogin die wert-

vollen Gegenstände kommen. (Zuruf: Nach Schwebel! Weiterkeit.) Die Vorlage geht nach mehrmaliger Abstimmung an die Staatskommission.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.
Am Freitag führt der Landtag auf Anregung des Landeshaupmanns zur Beschäftigung per Ertrag nach Bauffeld.

Halle und Umgebung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandssitz der Herren Geh. Kommerzienrat Stecker, Justizrat Höhring, Baumeister Gygas und Fabrikant Greizer.

Unter den Eingängen war eine Eingabe des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes befanntgegeben, der bittet, der Magistrat möge veranlaßt werden, die Handelskammer um Feststellung der Zahl der fleißigen Handlungsgehilfen zu eruchen, da diese Ermittlung nötig ist, um Stellung zur Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für die Arbeiter nehmen zu können.

Eine Petition des Herrn Bräuermeister Gygas, betreffend um Entschädigung wegen des Grundstücks „Frenberg's Garten“ geht an den Petitionsausschuß, ebenso eine Eingabe des Herrn Bahnassistenten Winger um Erlass der Umschreibung.

Die Polizeimeister und Polizeisergeanten beklagen sich über die Beschlässe der Stadtverordnetenversammlung in Sachen der Kleidergelder. Die Leute machen geltend, daß ihnen der Magistrat zwei Uniformen abverlangt usw. Die Sache geht an den Petitionsausschuß.

Petitionen um bessere Gehaltsskalen

por. So vom Desinfektor, vom Oberingenieur des Tiefbauamts, von den Bauinspektoren, den Brandmeistern usw.

Herr St. Thiele beantragt, die Petitionen acht Wochen zurückzugeben, da ja zweifellos noch eine Anzahl unbefriedigter Beamter mit gleichen Petitionen kommen werden.

Herr Vorleser Stecker wünscht die Eingaben nur auf zwei Wochen zurückzugeben.

Der Antrag Thiele wird jedoch angenommen. Schließlich liegt noch die Mitteilung des Magistrats vor, daß sich um die Klage des Herrn Stadtrats Rahnmer, um die Stadtratskasse,

91 Bewerber gefunden haben. (Zuruf des Herrn St. Emer: Da kriegen wir ihn aber billig! Weiterkeit.) In die Kommission zur Vorbereitung der Wahl werden vorgewählt die Herren Stecker, Höhring, Gygas, Greizer, Kell und Pfeiffer, an seiner Stelle Herr Schmidt werden vorgewählt die Herren: Steinbrück, Knabe, Thiele und Herzog. Bei der Abstimmung durch Zettel erlitten Herr Knabe 19, Herzog 18, Steinbrück 14, Thiele 5 Stimmen. Bei der Stichwahl wird Herr Knabe mit 22 gegen 18 Stimmen, die auf Herrn Herzog gingen, als Mitglied in die Kommission gewählt.

Der erste Punkt betrifft Etatsangelegenheiten. Ueber „Grundbesitz“ referieren die Herren Stv. Lindner und Hertel. Zu erwähnen ist daraus, daß für

Ambauten des Roten Turmes

10 000 Mk. im Dispositionsfonds vorgesehen werden sollen. Herr St. Hertel legt dar, daß man im Magistrat zunächst daran gedacht habe, den Roten Turm in seiner früheren Gestalt wiederherzustellen, also die Ambauten zu beseitigen. Indes sei das außerordentlich kostspielig. Die Stadt würde doch zudem auch einen jährlichen Ausfall, den sie jetzt aus Ladenmiete zieht, erleiden. Die Einnahme beträgt zurzeit 6000 Mk. Man will darum die Ambauten nicht beseitigen, sondern umgestalten, modernisieren. Die Ausstattung des Inneren ist auf 20 000 Mk., das Außere auf 18 000 Mk. = 38 000 Mk. veranschlagt. Die Summe wird aber reichlich verzinst und amortisiert dadurch, daß dann auf 9000 Mk. Zahresmiete zu rechnen ist.

Die Verammlung stimmt zu und stellt 10 000 Mk. in den Dispositionsfonds ein.

Bei der Besprechung des Etats der Landtage führt Herr St. Thiele aus, daß der Sachvertrags unserer Landtage außerordentlich gering sei. Wir besitzen 820 Hektar. Wesen bringt pro Hektar nur 56 Mark Ertrag, obwohl jevar Obstplantagen dort vorhanden sind; Ginnig und das Stadgut, beide so günstig gelegen, liefern pro Hektar 125 Mk. Da drängt sich einem der Gedanke auf, ob wir nicht bei

eigener Regie

besser fahren werden. So manches von einem Inspektor bewirtschaftete Rittergut liefert den Beweis, daß ein gleichartiger Versuch sich wohl lohne. Wir müssen uns endlich mal mit dieser Frage beschäftigen, wenigstens die Pachtungen noch längere Jahre bestehen. Weiter möchte ich ein. Aufstellung, wieviel wir nach Erträgen der Rohmerischen Pachtung für das Gut Ginnig aufwenden haben und wieviel wie noch dafür aufwenden müssen.

Herr Bürgermeister v. Solly entgegen, daß wenn die Verammlung eine solche Aufstellung durch Mehrheitsbeschluß verlange, der Rat dem Magistrat gegeben würde. Die eigene Regie ist auf lange Jahre hinaus unbestatfabel, denn die Pachtungen geben erst 1920, 1925 und 1927 zu Ende.

Herr St. Lindner bemerkt, die Aufwendungen für die Gebäude in Ginnig seien abgeschlossen und neue nicht zu erwarten. Nur die Regulierung des Gutshofes müsse noch erledigt werden.

Der Etat für Grundeigentum wird darauf angenommen. Ueber die Schulzinsen referiert Herr St. Meyer. Er hebt dabei auf eine Neuierung hervor, daß man die Umschreibung einer

Sprechmaschine für fremdsprachigen Unterricht

für das Reform-Realgymnasium vorgesehen habe. Es sei wertvoll, die fremde Sprache, gesprochen von einem Bewohner des betreffenden Landes, durch Grammatik und den Schülern vorzuführen. Die Verammlung stimmt zu.

Herr St. Knabe macht darauf aufmerksam, daß durch die Erhebung der Gehälter eine außerordentliche Erhöhung der Zuschüsse eingetreten sei, die die Stadt für die Schulen zu leisten habe. Das lege eine

Erhöhung des Schulgelbes

nahe. Referent beantragt, zunächst das Schulgelb für Schüler und Schülerinnen höherer Schulen pro Kopf um 20 Mk. jährlich zu erhöhen.

Herr Stadtschulrat Brendel meint, der Antrag komme denn doch ein bisschen überfällig. Wir haben in Halle schon sehr hoch Schulgelber, viel höher als an zahlreichen andern Schulen. Eine Erhöhung um 20 Mk. würde also fast für die Eltern sein, die nicht immer zu den Besten der züchten, und eine Schwächung unserer höheren Schulen. Man darf doch begabte Kinder unbemittelter Eltern nicht von dem Besuch der höheren Schulen von vornherein durch ein solches teures Schulgelb abschneiden.

Herr Bürgermeister v. Solly spricht sich in gleichem Sinne aus. Der Antrag Knabe sei in der gestellten Form nicht diskutabel; Herr Knabe müsse ihn zum mindesten anders formulieren.

Herr St. Meyer führt aus, es liege nicht im Interesse der Allgemeinheit, das Bildungsmittel zu verteuern. Dadurch, daß man den begabten Kindern unbemittelter Eltern die Möglichkeit gibt, die höheren Schulen zu besuchen, fördere man das Aufsteigen der unteren in die oberen Schichten. Für den einzelnen Steuerzahler kann durch Erhöhung des Schulgelbes der höheren Schulen eine Ersparnis von ein paar wülfenigen Pfennigen erzielt werden, die Ersparnis liege aber in gar keinem Verhältnis zu den Nachteilen. Viel richtiger sei es, das Schulgelb zu vermindern.

Herr St. Knabe entgegnet, auch er wünsche im letzten Grunde unentgeltlichen Schulbesuch. Hier komme aber einzig das finanzielle Interesse in Frage. Referent formuliert seinen Antrag dahin,

den Magistrat zu eruchen, für das nächste Jahr eine Erhöhung des Schulgelbes der höheren Schulen zu erwägen.

Herr St. Thiele behauptet, arme Leute könnten ihre Kinder nicht auf höhere Schulen schicken. Die höheren Schulen seien Klassenschulen. Dennoch sei er gegen die Schulgebührendung. Der Antrag Knabe sei aber dem verständlich, der da bedente, daß dieses Jahr infolge der Lehrerbefreiungen der Zuschuß pro Schüler bei der Mittelschule sich auf 64,20 Mk. erhöhe.

Bei der höheren Mädchenschule um 51 Mk. auf 120 Mk., bei der Oberrealschule um 42,50 Mk. auf 215 Mk., beim Stadtygmnasium um 33 auf 145 Mk.

Sollte die Erhöhung des Schulgelbes angenommen werden, so müsse man eine Vermehrung der Freistellen vornehmen.

Der Antrag Knabe wird angenommen. Bei dem Etat der Mittelschule stellt Herr St. Knabe wieder einen Antrag, der Magistrat möge eine Erhöhung des Schulgelbes erwägen, daß wird der Antrag abgelehnt.

Sämtliche Schuletats werden dann ohne weitere Debatte angenommen. Für den neuangewählten Rektor der Handwerkerhau-4000-6000 Mk. und 750 Mk. Wirtenschildigung, zieht er seinen Antrag einstweilen zurück, nachdem der Magistrat erklärt hatte, sich bereits eine Vorlage an den Staatsauschuß abzugeben sei. (Ref. die Herren Stv. Meyer und Dehne.)

Bemerkte sich noch zur Position „Mittelschule“, daß, wie bei der Volksschule künftig auch für die Mittelschule ein Betrag eingeseht wird, zu Gunsten der

Blumenpflege durch Schulkinder.

Der Etat des Stadtturfes (Herr St. Dehne) wird angenommen, ebenso der Etat des Museums. Der Referent Herr St. v. Kume hebt hervor, daß der Besuch der Museen sich dank der ausgezeichneten sachmännlichen Pflege der Sammlung auf 17 500 Besucher im letzten Jahre gehoben habe.

Der Etat Armen- und Fürsorgewesen“ wird angenommen. (Ref. Herr St. Thiele.) Ebenso das Kapitel „Beurteilung“ (Ref. Herr St. v. Kume.)

Herr St. Solmecke bringt dabei zur Sprache, daß man sich im Staatsauschuß einig gemacht sei, dem Brandinspektor den Titel „Branddirektor“ zuzulegen. Er fragt, ob dieser Beschluß vergessen sei.

Herr Bürgermeister v. Solly bemerkt, daß der Magistrat darüber eine besondere Vorlage machen werde. Es seien auch noch eine Reihe anderer Titel zu verlesen. Eine Vorlage über

neue Titelverleihungen

werde demnächst den Stadtverordneten vorgehen. Damit wird die Sache für erledigt erklärt.

Der Etat Bauwesen wird angenommen. (Ref. die Herren Stv. Stephan und Zell.) Ebenso der Etat Straßeneinrichtung. (Ref. Herr St. Lindner.) Desgleichen Straßeneinrichtung. (Ref. Herr St. Knabe.) Gartenverwaltung (Ref. Herr St. Zell.)

Herr St. Thiele behauptet, daß die Gärtnereigenossen sich ihre Geräte selbst halten müssen, nicht nur Messer und Schere, sondern auch Baumgößen, Spaten und Haden usw., das sei in keiner von den größeren deutschen Städten üblich.

Herr Stadtbaurat Lammers sagt zu, die Sache prüfen zu lassen.

Herr St. Spindler meint, Herrn Thieles Informationen seien in der Hauptsache irrig.

Wegen vorgerückter Zeit erledigt man nur noch einige Etatsjahren.

2. Die Verammlung wird erucht, zuzustimmen, daß ca. 210 Morgen Ackerfläche des Stadtgutes am Röbberger Wege drainiert werden und daß die erforderlichen Mittel bis zum Höchstbetrage von 22 000 Mk., soweit städtische Keder in Frage kommen, vorwärtweise aus dem Betriebsfonds der Kammerer und bezüglich der Hospitaläcker aus dem Landeserwerbsfonds des Hospitals St. Cyriac und Antonii entnommen werden.

Die Kosten der Drainage sind von dem mit der Aufstellung des Projekts beauftragten Wülfhausenmeisters Breitenbach auf 80 bis 100 Mk. pro Morgen geschätzt worden. Der präzisiertere Anschlag ist noch nicht fertig gestellt.

Da ein Teil der Keder noch vor der diesjährigen Frühjahrsbefreiung drainiert werden soll — nicht nur um einen bringenden Wülfhausen des Wülfhausen zu entsprechen, sondern auch, weil die vollständige Ausführung des Projekts im Herbst wegen der Kürze der Zeit nach der Abertung nicht möglich ist, so wird gebeten, von der Vorlegung der Kostenanschläge abzusehen und die Sache als Eilfache zu behandeln.

Es handelt sich nur um einen Voranschlag; die Drainage

Berliner Börse, 7. März 1910

Main table containing market data for various securities, including bonds, stocks, and exchange rates. Columns include security names, prices, and other market indicators.

Vertical text on the right margin, possibly a library stamp or additional page information.